

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2025)

Heft: 2

Artikel: Atom-Ideologie schadet der Versorgungssicherheit

Autor: Epprecht, Nils

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1068389>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Atom-Ideologie schadet der Versorgungssicherheit

Für unsere Stromversorgung ist es fatal, auf neue AKW zu setzen: Der Ausbau erneuerbarer Energien wird gebremst, und finanzielle Desaster drohen.



Nils Epprecht
Geschäftsleiter SES

Der Bundesrat plant, das gesetzliche Neubauverbot für AKW aufzuheben. Nach der Fukushima-Katastrophe 2011 taxierte die Schweiz die AKW im dicht besiedelten Mittelland als zu riskant. Bei den dominierenden Leichtwasserreaktoren gab es seither kaum Fortschritte. Neubauprojekte in Finnland, Grossbritannien und Frankreich kämpften mit Sicherheitsproblemen, Lieferengpässen und massiven Kostenüberschreitungen.

Dass derzeit niemand ein neues AKW bauen möchte, räumt der Bundesrat ein, verweist jedoch auf zukünftige Reaktorkonzepte. Nur: Es ist befremdlich, eine Technologie zuzulassen, deren Risiken unbekannt sind und die nicht kommerziell ausgereift ist. mRNA-Impfstoffe wurden erst nach erfolgreicher Erprobung breit zugelassen. Zum autonomen Fahren wird seit über 20 Jahren geforscht und ist erst seit kurzem begrenzt bewilligt. Die Erfahrung mit künstlicher Intelligenz zeigt, wie schwierig es ist, neue Technologien nachträglich zu regulieren.

Zur Frage der Finanzierung betreibt der Bund ein Versteckspiel: AKW-Neubauten kosten Milliarden, Kapital bleibt über Jahre gebunden und

Unfälle sind nicht versicherbar. Weltweit entstehen neue AKW nur mit voller Staatsgarantie. Zahlt der Bund nichts, müssen also die Kantone und ihre Energieunternehmen für den Bau aufkommen.

Angeblich soll die Aufhebung des AKW-Neubauverbots Optionen für die Versorgungssicherheit schaffen. Für die mittelfristige Stromversorgung ist dieser Vorschlag jedoch fatal: Investoren sind verunsichert, ob sich Solaranlagen noch lohnen, wenn staatliche AKW ihren unflexiblen Strom in den Markt leiten. Der ideologische Widerstand gegen Wind- und Solarparks nimmt zu. Selbst wenn heute die Planung eines neuen AKW beginnt, würde es frühestens in 20 Jahren Strom liefern. Wir benötigen zusätzlichen Strom aber sofort und nicht erst in ferner Zukunft. Vor dem Hintergrund einer möglichen Rezession verliert der Solarausbau aber bereits an Schwung. Die zusätzliche Unsicherheit sabotiert den Ausbau erneuerbarer Energien und gefährdet damit die Versorgungssicherheit der kommenden Jahre.

Der Bundesrat schlägt eine Gesetzesänderung vor, die unausgereift und schädlich für den Ausbau erneuerbarer Energien und für die Versorgungssicherheit ist. Diese ideologische Zwängerei ist abzulehnen.

Dieser Text erschien am 7. März 2025 etwas ausführlicher als Gastbeitrag im Tages-Anzeiger.